



Protokoll der 27. Sitzung des Einwohnerrates

vom 25. Juni 2003, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ulrich Martin, Peter Rohrbach, Werner Spinnler, Werner Weber
Stadtrat Ruedi Riesen

Traktanden	Laufnummer
1. Bericht des Stadtrates betreffend Bahnhofgebiet-Entwicklung: Konzept „Eurocity“, Quartierplanerarbeitung - Information durch Architekt <i>://: Zur Vorberaterung an BPK überwiesen</i>	03/142
2. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2003/2004 <i>://: Gewählt gemäss Vorlage</i>	03/145
3. Bericht des Stadtrates zur Motion der SP-Fraktion betreffend Anzahl Stadträte; Änderung der Gemeindeordnung: Reduktion Anzahl Stadratsmitglieder - 2. Lesung <i>://: Reduktion von 7 auf 5 Mitglieder zugestimmt</i>	02/100
4. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission zur Rechnung 2002 <i>://: Genehmigt mit Zusatzanträgen</i>	03/139
5. Zwischenbericht des Stadtrates betreffend Reorganisation Soziale Dienste <i>://: Zur Kenntnis genommen</i>	02/79
6. Bericht des Stadtrates betreffend Genereller Entwässerungsplan (GEP) <i>://: Zur Vorberaterung an BPK überwiesen</i>	03/138
7. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Debora Keller betreffend Stedtli-Einkaufswagen <i>://: Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung des Postulats</i>	01/24
8. Interpellation von Marie-Therese Beeler namens der Fraktion GL/Fraumättler betreffend Engagement der Stadt Liestal für die offene Kinder- und Jugendarbeit <i>Vertagt</i>	03/133
9. Motion von Daniel Schwörer namens der FDP-Fraktion für ein Informations- und ein Strategiekonzept zur Bahn 2000 <i>Vertagt</i>	03/134

- | | | |
|-----|--|--------|
| 10. | Bericht des Stadtrates zum Postulat von Ernst Gebhard und Ernst Burkhardt zur Beruhigung des Verkehrs und zur Erhöhung der Sicherheit der Kinder, Fussgänger und Velofahrer in der Wiedenhubstrasse – Baukredit
<i>://: Gekürztem Baukredit zugestimmt und Postulat abgeschrieben</i> | 01/23 |
| 11. | Bericht des Stadtrates betreffend Heidenlochstrasse, Ausbau Abschnitt Grammetstrasse bis zur Einfahrt Überbauung Cheddite – Projektierungskredit
<i>Vertagt</i> | 03/143 |
| 12. | Bericht des Stadtrates betreffend eventuelle Abschreibung von Motionen und Postulaten
<i>Vertagt</i> | 03/144 |
| 13. | Interpellation von Stefan Saladin betreffend Tourismusbüro in Liestal
<i>Vertagt</i> | 03/141 |

Ratspräsidentin Debora Keller (GL/Fraumättler) begrüsst die Anwesenden zur letzten Sitzung des Amtsjahres 2002/2003.

Mitteilung der Ratspräsidentin

- Das Ratsbüro hat in seiner Sitzung vom 19. Juni den Finanzplan 2004 - 2008 an die Finanzkommission überwiesen.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtrat Heiner Karrer entschuldigt sich dafür, dass die Informationsveranstaltung zum Standplatz für Fahrende heute auf 19.00 Uhr terminiert wurde. Da der Einwohnerrat zu diesem Zeitpunkt sein Essen zum Ende des Amtsjahres organisiert habe, seien die Ratsmitglieder leider von den Informationen ausgeschlossen. Der Kanton werde informieren, dass er in nächster Zeit mit der Realisierung des Standplatzes beginnen und die Kosten übernehmen werde. Das Projekt werde so, wie im Zonenplan Liestal verankert, realisiert. Als Wermutstropfen werde Liestal für den Betrieb und den Unterhalt verantwortlich sein und die entsprechenden Kosten übernehmen müssen.
- Stadträtin Regula Gysin lädt die Ratsmitglieder für die am 13. August 2003 von 18.00 - 20.00 Uhr im Rathaus stattfindende Vernissage des Fotografen Andreas Zimmermann zum Thema "Aussichten" ein. Die Veranstaltung sei der Auftakt zu insgesamt fünf Kulturveranstaltungen im Herbst 2003.

Als **StimmzählerInnen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- Elisabeth Augstburger
- Walter Gudenrath
- Adrian Mächler

Für die Auszählung der Wahlgeschäfte werden bestimmt:

- Luzia Kilchmann
- Paul Lüscher

Traktandenliste

Es werden keine Änderungen beantragt. Die Wahlgänge werden zwischen die übrigen Traktanden eingeschoben. Vor der Bekanntgabe des Resultats wird aber jeweils das laufende Geschäft zu Ende debattiert.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 21. Mai 2003

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

Bis zum Schluss der Sitzung konnten die Traktanden Nr. 8, 9 und 11 - 13 nicht behandelt werden. Sie erscheinen auf der Traktandenliste für die Sitzung vom 20. August 2003.

243 B.1.3.2. Ortsplanung: Überbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

1. Bericht des Stadtrates betreffend Bahnhofgebiet-Entwicklung: Konzept "Eurocity", Quartierplanerarbeitung - Information durch Architekt (Nr. 03/142)

Vom Ratsbüro wird die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission beantragt. Vorab wird jedoch der Gesamtrat vom Architekten des Siegerprojektes "Eurocity", Herrn Emanuel Christ (Christ & Gantenbein Architekten, Basel) orientiert.

Stadtrat Heiner Karrer erklärt einleitend, das Projekt "Eurocity" sei das Siegerprojekt des von der Stadt Liestal, dem Kanton, den SBB und der Kantonalbank gemeinsam ausgeschriebenen Wettbewerbs. Der Stadtrat habe das Ergebnis dem Einwohnerrat zur Kenntnisnahme unterbreitet. Es sei gut, dass heute der Architekt die Hintergründe und Überlegungen zum Projekt präsentieren könne, damit nicht nur das fertige Resultat sichtbar sei.

Herr Emanuel Christ dankt für die Möglichkeit der Präsentation und erklärt, die dem Einwohnerrat unterbreitete Vorlage enthalte die Diskussionsgrundlage, die der Jury vorgelegen habe. In der Zwischenzeit sei das Projekt in einzelnen Teilen schon ein Stück weiter voran gebracht. Anhand einer Folienserie führt Herr Christ unter den Stichworten städtebauliches Konzept, Strategie und architektonischer Entwurf in die Details des Projekts. Die wesentlichen Punkte der Ausführungen sind nachfolgend festgehalten.

Beim städtebaulichen Konzept untersuchte man zuerst das bestehende Siedlungsgebiet auf die Struktur. Im Raum Liestal bestehen im Ergolzthal einerseits die Ergolz und andererseits die Bahn als lineare Begrenzungen. Dazwischen wurde, im Zentrum Liestals, sehr dicht gebaut. Daneben gibt es in alle Richtungen aufgelockerte und teilweise fast parkartige Gebiete, z.B. in den Bereichen Kantonsspital und Areal Gitterli. Auf relativ kleinem Raum bestehen also sehr unterschiedliche Typen von Stadtgebieten. Bei der Erarbeitung des Projektes interessierten diese vorhandenen Abgrenzungen und es wurde eine Weiterentwicklung der oben beschriebenen Strukturen angestrebt. Der Entwurf orientiert sich an den bestehenden Stadtraumtypen. Weiter wollte man nicht nur Formen entwerfen, sondern von Anfang an auch Identitäten mit Namen schaffen. Der Wohnpark mit der Serie von vier Turmhäusern bringt ein sehr prägnantes Bild, auch für Bahnbenutzer. Der umgebende Park soll seinen Abschluss in einer künstlichen Topographie in Form einer Böschung finden. Gegen den weiteren Stadtraum gibt es Freistellen, als Übergang von der Kante in die Stadtlandschaft. Auf der Seite Oristal ist ein Stadtgarten geplant. Die Seite hin zum Postplatz soll die Vorstellung von einem grosszügigen Platz mit Bäumen und mit Sicht auf die Altstadt vermitteln. Auf der anderen Seite der Kantonsbibliothek wird Wasser als Gestaltungselement eingesetzt. Die mittlere Figur im hantelförmigen Gesamtbild bildet die dichte Ansammlung von vier Baukörpern auf dem Bahnhofareal. Spannend ist hier, dass die Zwischenräume gassenartig und grösstenteils für Fussgänger geplant sind. Der Busbahnhof, der optimal funktionieren soll, bildet die Schnittstelle zwischen der Stadt und den Neubauten. Hier sollen grosszügig bemessene Standplätze entstehen, die künftige Verkehrsführung soll, mit einigen Änderungen auf die heutige aufbauen und effizient und unspektakulär sein.

Bei der Strategie ging es darum, die zeitlich noch nicht sehr konkrete Vision in Etappen für die Umsetzung zu bringen. Die grosse Unbekannte dabei war der Bahnhof. Hier war es wichtig, dass Veränderungen vorgenommen werden können, auch wenn der Bahnhof vorerst noch so bleibt. Von den SBB hatte man einen klaren Perimeter für deren Projekte erhalten. Deshalb war es wichtig, unabhängige Schritte mit möglichst wenig Abhängigkeiten von einander zu ermöglichen. Die erste Etappe beinhaltet die Erweiterung der Kantonalbank. Der neue Busbahnhof beginnt in dieser Phase bereits zu funktionieren. Dies führt zu einem mehrjährigen, aber machbaren Übergangszustand. Der nächste Schritt ist dann die Fertigstellung des Busbahnhofs. Auf der Oristalseite könnte die Neugestaltung Parzelle für Parzelle wachsen. Im Westen wäre auch der Bau der vier Wohntürme in Etappen möglich. Studien ergaben, dass der Liegenschaftsmarkt gestaffelte Pakete von zwei Wohntürmen verkraften würde. Diese aufgezeigten Projekte dieser Etappe wären sowohl bei einem Bahnhof mit Tieflage als auch mit Niveaulage möglich.

Weiter wurde der Bahnhof, obwohl ohne Auftrag, genauer bearbeitet und es wurden Überlegungen zur Tieflage angestellt. Die Bahn wurde als grossräumiges Ereignis taxiert, dass eine Schneise im Stadtraum darstellt. Im Fall der Tieflage wurde eine Überdeckung als künstliche Topographie entworfen. Dies ist der Versuch, gestalterisch in die Diskussion zur Variantenwahl einzugreifen. Hier liessen sich auch Parkplätze schaffen.

Der architektonische Entwurf beinhaltet einen verwandten Aufbau der Dachlandschaften bei den geplanten Geschäftshäusern. Der Baukörper der Bank könnte ähnlich aussehen, wie die frühere Liegenschaft der Kantonalbank. Die Wohntürme bieten eine hochattraktive Wohnform, weil sie direkt an der Bahn und mitten in einem Park liegen. Das Problem Lärm ist dabei nicht nur mit guten Schallschutzfenstern zu lösen. Die Wohnungen sind so geplant, dass verschiedene Qualitäten integriert werden. Die Vision der Stadt entlang der Bahn ist, die Stadt zu präsentieren.

Als erster konkreter Umsetzungsschritt wurde versucht, Baulinien für den Busbahnhof auszuscheiden, was auch gelungen ist.

Stadtrat Heiner Karrer erklärt, der Stadtrat habe im Text der Vorlage wenig zur wichtigen Frage der Lage der Bahn ausgeführt. Diese sei ihm aber wichtig und er wolle dies am Anfang der Diskussionen klarstellen. Er habe das Projekt unterstützt, weil es auch gute Argumente für die Tieflage enthalte. Die Niveaulage werde damit nicht privilegiert. Ganz entscheidend sei aber, dass mit dem Projekt begonnen werden könne, bevor der Variantenentscheid falle. Die zügige Entwicklung des Bahnhofgebietes sei auch die Motivation des Stadtrates für die Teilnahme am Projektwettbewerb gewesen. Liestal setze sich aber weiterhin für die Tieflage ein.

Adrian Mächler (FDP) erachtet es als wichtig, dass im Bahnhofgebiet etwas passiert. Wichtig sei aber auch, dass nicht jetzt eine Quartierplanung erfolge, ohne dass der Einwohnerrat mitreden könne. Seine Fraktion befürworte eine Vorwärtsstrategie und als erstes eine Behandlung in der BPK zur Klärung offener Fragen, damit der Stadtrat danach den Kurs des Einwohnerrates kenne und zügig weiterfahren könne. Deshalb unterstützte die FDP-Fraktion den Antrag zur Überweisung an die BPK.

Franz Kaufmann (SP) dankt für die hervorragende Präsentation. Sie sei spannend gewesen und vermittele eine ganz neue Sicht für die Stadt indem das Projekt deren Qualitäten unterstütze. Daraus falle es leicht, die Vorstellungskraft zu entwickeln, wie die Neugestaltung werden könne. Es sei wichtig, dass der Einwohnerrat eingreife und mitsteuere. Die formalen Resultate seien teilweise schwer verständlich und es

brauche auch ein Stück Arbeit um das Bewusstsein für die Qualität des Projekts zu schärfen. Zum Vorgehen gebe es zwei Aspekte. Einerseits sollte, wenn Investoren vorhanden seien, das Projekt möglichst zügig vorwärts gebracht werden. Andererseits müsse es möglichst tief verankert und mitgetragen werden und deshalb befürworte er die Vorberatung durch die BPK. Er ziele damit nicht in Richtung einer Verzögerung, sondern einer Schärfung.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) äussert, viele Probleme seien nicht angesprochen worden, z.B. das Thema Parkplätze. Wer sich intensiv in die Materie vertiefen könne, wisse mehr davon. Dies dürfe nicht eine Holschuld sein. Es seien mehr Informationen und mehr Transparenz nötig. Deshalb beantrage auch seine Fraktion die Überweisung an die BPK.

Ernst Gebhard (GL/Fraumättler) findet eine Überweisung an die BPK schade, da diese das Projekt verzögere. Es sei dem Rat heute präsentiert worden und werde übereinstimmend als gute Sache eingestuft. Quartierpläne würden ohnehin dem Einwohnerrat unterbreitet. Es sei wichtig, dass es nun vorwärts gehe. Die offenen Fragen könnten bei der Beratung des Quartierplans diskutiert werden. Seine Fraktion stimme für die Direktberatung.

Pascal Porchet (FDP) dankt ebenfalls für die Präsentation und führt aus, vom Entwicklungsplan 95 sei bisher nicht viel umgesetzt worden. Das Projekt "Eurocity" beinhalte ein Konzept, das realisiert werden könne. Die etappenweise Realisierbarkeit sei wichtig für die Stadt und die Investoren. Man dürfe aber auch nicht riesige Erwartungen an die BPK haben. Diese könne weitere Grundinformationen einholen. Es sei aber Vertrauen nötig, sonst werde das Projekt zu Tode diskutiert, Vertrauen in renommierte Fachleute. Es sei gut, den Weg über die BPK zu machen, jedoch nur, um allgemeine, grundsätzliche Fragen zu klären.

Stadtrat Heiner Karrer fügt an, Pascal Porchet habe im sehr aus dem Herz gesprochen. Grundsätzliche Fragen vertieft zu betrachten sei gut, aber man könne nicht sämtliche Details in der BPK lösen, da man sich sonst darin verliere. Viele Überlegungen seien noch nicht gemacht worden. Die Details liessen sich aber im Quartierplan diskutieren. Heute seien diese Details noch gar nicht beantwortbar. Er begrüsse den Einbezug der BPK, aber jetzt gehe es nur darum, generell zu entscheiden, ob dies die richtige Richtung und wo anzufangen sei.

Ernst Burkhardt (SP) fragt an, wie der Widerspruch zwischen den Begriffen "Eurocity" und "Stedtli" zu überbrücken sei. Vor ca. 30 Jahren habe eine Planung mit dem Begriff "Ergolzcity" bestanden, mit der Prognose von ca. 34'000 Einwohnern bis zum Jahr 2000. Liestal sei aber nicht gewachsen, sondern nur gewuchert. Der Begriff "Eurocity" sei hier noch eine Steigerung.

Herr Emanuel Christ antwortet, der Begriff "City" sei etwas verbraucht und habe eine gewisse ironische Note. Begriffe entstünden oft unter der Verdichtung von Aktualitäten. Während der Entstehung des Projekts habe die Einführung des Euro stattgefunden. Weiter habe er in der Projektphase immer den "Eurocity" benutzt für die Fahrt nach Liestal. Sein Architekturbüro wolle, dass der "Eurocity" auch weiterhin in Liestal halte.

Daniel Schwörer (FDP) plädiert dafür, dass die BPK die politische Kommunizierbarkeit prüfen solle. Erstens gehe es um die Hoch- oder Tieflage und wie sich die Tieflage kommunizieren lasse. Zweitens lasse sich bei den Wohntürmen nur schwierig kommunizieren, dass dies eine gute Wohnlage sei. Und drittens sei es bedeutungsvoll und wichtig, dass der Name begriffen werde. Nach seinem persönlichen Geschmack sei dieser abgegriffen. Namen sollten möglichst selbsterklärend sein. Diese drei Aspekte werde die Öffentlichkeit diskutieren, deshalb solle die BPK die Antworten auf diese Fragen klären.

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, die Haltung, dass Eurocity eine Weiterführung des Grössenwahnsinns, und dass ein kleines Stedtli doch schön sei, könne man vertreten. Bei allem Respekt vor dieser konservativen Haltung und auch ökologischen Argumenten müsse er doch sagen, dass solches Denken in den letzten Jahrzehnten Liestal habe gleich bleiben lassen. Im gleichen Zeitraum hätten aber viele umliegende Dörfer diese Explosion erlebt. Diese Grundsatzfrage, ob man die Entwicklung so weiterführen und weiter Bescheidenheit pflegen wolle, müsse in der BPK diskutiert werden. Der Stadtrat sei aber nicht grössenwahnsinnig, sondern interessiert an der Entwicklung der Stadt Liestal.

://: Die Vorlage wird mit grossem Mehr, bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung zur Vorberatung an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

244 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

2. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2003/04 (Nr. 03/145)

a) Ratspräsidium

Elisabeth Weber (SVP/CVP/EVP) dankt Debora Keller für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Amtsjahr und schlägt im Namen ihrer Fraktion Paul Finkbeiner zum neuen Ratspräsidenten vor. Dieser hatte im vergangenen Amtsjahr bereits das Amt des Vizepräsidenten inne.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Das Resultat der geheimen Wahl lautet wie folgt:

Zahl der anwesenden Einwohnerrätinnen/-räte	35
Eingelegte Wahlzettel	35
Leer und ungültig	2
Gültige Wahlzettel	33
Absolutes Mehr	17

Es ist gewählt:

Paul Finkbeiner mit 32 Stimmen

Vereinzelte Stimmen haben erhalten: Paul Pfaff

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) dankt für die Wahl zum Ratspräsidenten und erklärt die Annahme der Wahl.

b) Vizepräsidium

Franz Kaufmann (SP) empfiehlt namens seiner Fraktion Walter Gudenrath zur Wahl als Vizepräsident.

Weitere Wahlvorschläge werden nicht gemacht.

Das Resultat der geheimen Wahl lautet wie folgt:

Zahl der anwesenden Einwohnerrätinnen/-räte	35
Eingelegte Wahlzettel	35
Leer und ungültig	4
Gültige Wahlzettel	31
Absolutes Mehr	16

Es ist gewählt:

Walter Gudenrath mit 29 Stimmen

Vereinzelte Stimmen haben erhalten: Franz Kaufmann
Elsbeth Meier-Frey

Walter Gudenrath (SP) dankt für die Wahl zum Vizepräsidenten und erklärt die Annahme der Wahl.

c) 5 StimmzählerInnen

Aufgrund der Vorschläge der Fraktionen werden einstimmig gewählt:

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP)
Hans Brodbeck (FDP)
Ernst Gebhard (GL/Fraumättler)
Luzia Kilchmann (SP)
Adrian Mächler (FDP)

Ersatzmitglieder:

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler)
Adolf Fluri (FDP)
Orla Oeri-Devereux (SP)
Elisabeth Weber (SVP/CVP/EVP)

245 G.2.C. Gemeindeorganisation und Verwaltung - Vorschriften, Reglemente

3. Bericht des Stadtrates zur Motion der SP-Fraktion betreffend Anzahl Stadträte; Änderung der Gemeindeordnung: Reduktion Anzahl Stadratsmitglieder (Nr. 02/100) - 2. Lesung

In erster Lesung hat der Einwohnerrat an seiner Sitzung vom 21. Mai 2003 einstimmig bei 1 Enthaltung folgender Teilrevision der Gemeindeordnung zugestimmt:

- § 2 Behördenorganisation, Abs. 1:
b. Stadtrat, bestehend aus 5 Mitgliedern

Für eine Änderung der Gemeindeordnung sind zwei Lesungen und die Zustimmung des Stimmvolkes erforderlich, weshalb das Geschäft heute nochmals diskutiert wird.

Franz Kaufmann (SP) beantragt wie schon in der 1. Lesung namens seiner Fraktion die Reduktion des Einwohnerrates auf 30 Mitglieder. Die Argumente seien die gleichen, die bereits in der ersten Lesung aufgezeigt worden seien. Weiter habe dieser Rat vor Jahren eine Strukturanalyse in Auftrag gegeben und die wirkungsorientierte Verwaltungsführung verlangt. "Ökonomie der Kräfte" und "schlanke Strukturen" seien Schlagworte, die in diesem Bericht zu finden seien. Der Rat habe sich aber schon damals gegen das Resultat dieses Berichts gewehrt und tue dies noch heute. Man dürfe nicht alles über das Thema "Sparen" regeln, aber es gelte, ein Zeichen gegenüber der Verwaltung und der Bevölkerung zu setzen.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) äussert, der Einwohnerrat vertrete alle Quartiere und stelle das politische Gleichgewicht her. Der Rat solle das demokratische Verständnis widerspiegeln. Die Bürgerlichen hätten eine realistische Denkweise und seien klar gegen eine Reduktion.

Daniel Schwörer (FDP) erklärt, seine Fraktion stelle sich einstimmig gegen den Antrag der SP-Fraktion. Bezüglich Stadtrat sei die Diskussion klar ausgefallen, ein Departement falle weg und die Gruppendynamik sei besser in einem Fünfergremium, was einen Effizienzgewinn bringe. Bei einer Reduktion des Einwohnerrates frage er sich aber, was dies für ein Signal sei und an wen es gerichtet werde. Nur weil bei einer Analyse eine Reduktion vorgeschlagen worden sei, seien die Voraussetzungen heute noch nicht gegeben. Sein Vorredner habe recht, der Einwohnerrat sei die Vertretung der Einwohnerschaft. Vor Jahren habe der Souverän die Abschaffung des Einwohnerrates abgelehnt. Weiter sei das Amt des Einwohnerrates durchaus ein Ehrenamt. Die Interessen der Bevölkerung seien vielfältig, so wie der Rat. Die Demokratie sei sehr effizient und habe der Schweiz 200 Jahre Frieden beschert. Demokratie habe aber ihren Preis und hier dürfe man durchaus fragen, ob dieser nicht zu hoch sei. Der Einwohnerrat habe im Vorjahr CHF 64'000.- gekostet. Die FDP-Fraktion werde an der nächsten Sitzung einen Vorstoss unterbreiten, um die Entschädigung für die Ratsmitglieder pauschal auf CHF 500.- festzusetzen, egal bei welchem Engagement. In Anbetracht des vergangenen Jahres der Freiwilligkeit sei dies richtig und bringe eine Ersparnis von CHF 44'000.-. Diese sei ein Beitrag an die schlechte Jahresrechnung und unterstreiche das Verständnis des Ehrenamtes. Alle,

die sich gegen diese Reduktion stellen würden, dürften sich nicht wundern, wenn ihnen der Vorwurf des finanziellen Eigennutzes gemacht werde.

Franz Kaufmann (SP) votiert, er weise die Unterstellung von Stefan Saladin, dass der Antrag auf ein Zweiparteiensystem abziele, von sich. Das Beispiel der Fraumättler zeige, dass Initiative und originelles Politisieren etwas bewirkten. Weiter sei das Argumentarium von Daniel Schwörer absurd.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) erklärt, ihre Fraktion stelle sich ebenfalls einstimmig gegen die Reduktion. Es sei nicht sinnvoll, wenn die Vielfalt im Parlament kleiner werde. Zudem werde durch die Verkleinerung die Effizienz nicht gesteigert.

://: Der Teilrevision der Gemeindeordnung der Stadt Liestal vom 22.09.2001
§ 2 Behördenorganisation, Abs. 1:
b. Stadtrat, bestehend aus 5 Mitgliedern
wird in zweiter Lesung einstimmig zugestimmt.

Der Zusatzantrag der SP-Fraktion zur Teilrevision der Gemeindeordnung
§ 2 Behördenorganisation, Abs. 1:
a. Einwohnerrat, bestehend aus 30 Mitgliedern
wird mit 7 zu 28 Stimmen, abgelehnt.

246 F.3.7.4. Rechnungsführung: Rechnungen, Nachtragskredite

4. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission zur Rechnung 2002 (Nr. 03/139)

Die Rechnung der Stadt Liestal schliesst, trotz Buchgewinn von CHF 930'000.-, mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1'017'361.95 ab (Voranschlag: Fehlbetrag von CHF 1'050'700.-). Das Ergebnis widerspiegelt die nach wie vor unbefriedigende Finanzsituation der Stadt. Es führt zu einer Erhöhung des Bilanzfehlbetrages auf CHF 1'212'000.-, eine grosse Belastung für zukünftige Rechnungsabschlüsse. Ursachen für das unbefriedigende Ergebnis liegen sowohl auf der Ertrags- wie auch auf der Aufwandseite. Auf der Ertragsseite reisst die schlechte Konjunktorentwicklung ein Loch bei den juristischen Steuern von über einer Million Franken. Auf der Aufwandseite wurde das Budget der Personalkosten vor allem wegen verschiedener Krankheitsfälle überschritten. Die für das Jahr 2003 beschlossene Taggeldversicherung wird dieser Kostenentwicklung Einhalt gebieten. Erfreulich ist, dass der Sachaufwand um gegen CHF 80'000.- unter dem Budget liegt. Hier kommt der vorsichtige Umgang der Verwaltung mit den beschlossenen Budgetbeträgen zum Ausdruck.

Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat, die Rechnung 2002 zu genehmigen.

Die Finanzkommission hat die Rechnung 2002 in mehreren Sitzungen vorberaten und stellt dem Einwohnerrat folgende Anträge:

- Die Rechnung 2002 ist zu genehmigen.
- Die GPK wird beauftragt, den Sachverhalt um die Sekundarschulhäuser und Annuitäten zu klären und dem Einwohnerrat Bericht zu erstatten.
- Die GPK wird beauftragt, die Ursachen der hohen Steuerausstände zu klären und dem Einwohnerrat Bericht zu erstatten.
- Stiftungen: der Stadtrat wird beauftragt, die Betreuung und Revision der Stiftungen neu zu regeln und den Einwohnerrat in geeigneter Form zu informieren.

Fiko-Vizepräsident Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) präsentiert einige graphische Darstellungen der Zahlen und erklärt, grundsätzlich sei das Anliegen der Fiko die Schaffung von Transparenz. Deshalb sei auch eine gewisse Kontinuität in der Darstellung wichtig. Der Aufwand in der Rechnung 2002 sei ca. CHF 2,5 Mio. höher als budgetiert, der Ertrag aber ebenfalls. Auch der Verlust entspreche in etwa dem Budget. Nach wie vor bestehe ein strukturelles Defizit von über CHF 1,5 Mio.. Das Ziel sei, dieses in Kürze abzubauen. Nicht leicht ersichtlich in der Darstellung der Rechnung seien die Abschreibungen. In der ordentlichen Rechnung bestehe hier ebenfalls ungefähre Budgetgleichheit. Zusätzlich seien CHF 500'000.- beim Finanzvermögen und CHF 49'000.- auf den Finanzfehlbetrag abgeschrieben worden. Dem gegenüber stünden die Buchgewinne aus Immobilienverkäufen. Weiter seien Investitionen in der Höhe von CHF 3,5 Mio. getätigt worden. Dem gegenüber stünden Investitions-einnahmen von ca. CHF 750'000.-. Die Nettoinvestitionen lägen demnach bei ca. CHF 2,7 Mio. und der Selbstfinanzierungsgrad betrage etwas über CHF 3 Mio.

Betreffend Schulden und Spezialfinanzierungen sei zu sagen, dass einzig die Abfallkasse ein Minus ausweise. Aktuell liege aber die Vorlage GEP auf dem Tisch, die zeige, dass mittelfristig einiges zu investieren sei. Bei den Spezialfinanzierungen bestünden Guthaben bei der Einwohnerkasse von knapp CHF 12 Mio.. Für dieses Geld müssten Zinsen entrichtet werden Aus diesen Überlegungen ergebe sich eine

Totalschuld von CHF 74 Mio. (Bankschulden plus langfristige Schulden der Nebenkassen).

Weiter habe die Fiko die Steuerausstände diskutiert, da diese überdurchschnittlich seien. Die Ursachen seien vielfältig und nicht leicht beantwortbar. Dieser Zustand werde zu weiteren Abschreibungen führen. Deshalb beantrage die Fiko, die GPK mit einer genaueren Überprüfung zu beauftragen.

Für die Rechnungsführung stelle die Fiko und auch die Revisionsstelle dem Bereich Finanzen ein gutes Zeugnis aus. Die Fiko danke auch für die konstruktive Zusammenarbeit mit Stadtrat und Verwaltung und beantrage die Genehmigung der Rechnung. Aufgrund der Differenzen von Stadt und Kanton bei der Bewertung der Sekundarschulhäuser und dem drohenden Risiko von grösseren Abschreibungen beantrage die Fiko eine Untersuchung dieses Themas durch die GPK. Diese solle Licht in die Sache bringen und Lösungsvorschläge unterbreiten. Die GPK solle auch die Ursachen der Steuerrückstände genauer prüfen und klären, ob allenfalls noch Guthaben einzufordern wären. Als Letztes habe die Fiko festgestellt, dass bei den Stiftungen keine Vorschriften zur Revision bestünden. Deshalb beantrage sie, dem Stadtrat einen Auftrag zur Regelung der Führung und Revision der Stiftungen zu erteilen und den Einwohnerrat davon zu informieren.

Stadtpräsident Marc Lüthi betont zur Gesamtbeurteilung der Fiko, der Stadtrat habe in den Erläuterungen ebenfalls klar erwähnt, dass er nicht zufrieden sei, sowohl beim Ergebnis als auch bei der Entwicklung und der Struktur. Eine positive Tendenz sei die Trendwende bei den Unterstützungen. Weiter wolle er unterstreichen, dass die Fiko in ihrem Bericht betreffend Nettozinsanteil dem Stadtrat eine unterschiedliche Beurteilung vorwerfe. Dieser beschönige aber mit seiner Aussage nicht das Resultat, sondern mache die gleiche Beurteilung. Weiter bedürfe die Aussage der Fiko, dass ein besonderer Effort zum Herausfinden der Verschuldung nötig gewesen sei, einer Erklärung. Die Vorlage des Stadtrates sei unterteilt in die laufende Rechnung, die Investitionsrechnung und als letzter Teil die Vermögensrechnung. Damit sei alles transparent dargestellt. Es seien zwei Schuldenparameter entscheidend, einerseits die laufenden Schulden und andererseits die Nettoschuld, welche für den Finanzplan gebraucht werde. Diese Parameter müssten in den künftigen Diskussionen verwendet werden.

Der Stadtrat schliesse sich den Anträgen der Fiko an. Zum Antrag 4 sei zu sagen, dass die Revisionsstelle in einem Brief an den Leiter Finanzen darauf hinweise, dass bei fünf Stiftungen Unklarheiten bestünden. Eine stehe aber unter der Aufsicht des Kantons, und drei lägen im Rechnungskreis der Bürgergemeinde. Es bleibe die Saladin-Mohler-Stiftung und auch zu dieser gebe es in der Rechnung auf Seite 116 eine kurze Bemerkung. Der Stadtrat habe gestern der Stiftung den Auftrag erteilt, einen Bericht zur Frage der Revision zu erstatten. Der Stadtrat werde im August entscheiden und dann die Fiko informieren.

Andreas Zbinden (FDP) führt aus, es liege wiederum eine Rechnung mit Verlust vor und wiederum seien die erzielten Buchgewinne nicht für den Schuldenabbau verwendet worden, wiederum habe die Fiko versucht, allfällige weitere Schulden aufzudecken, wiederum seien die Schulden viel zu hoch und wiederum hoffe man auf den Finanzplan, der den Ausweg zeigen solle. Ihm sei der Sketch "Dinner for one" in den Sinn gekommen. Dies sei aber nicht der richtige Ansatz, um die Liestaler Finanzen zu betrachten. Die Rechnung liege innerhalb des Budgets, dies sei positiv, aber der Schuldenabbau werde verzögert. Die fehlenden Steuerguthaben seien schlimm und das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung werde damit nicht gestärkt. Weiter

seien die Sonderabschreibungen bei den Sekundarschulhäusern unverständlich, vor allem schwächten sie den Verhandlungsspielraum mit dem Kanton. Auch die Aussagen des Stadtrates betreffend der kritischen Grenze der Verschuldung seien völlig unverständlich. Leider würden die Hoffnungen wiederum auf den Finanzplan gesetzt. Die Fiko werde diesen kritisch betrachten. Seine Fraktion unterstütze die Anträge der Fiko und begrüsse die Überweisung der Spezialthemen an die GPK.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) erklärt, er könne sich den Ausführungen von Andreas Zbinden weitgehend anschliessen. Seine Fraktion sei zu den gleichen Schlüssen gekommen und freue sich auch über die Zusatzanträge. Zu den Schulden sei noch zu sagen, dass dank des gegenwärtigen guten Kapitalmarktes die Verzinsung minimal sei. Bei Veränderungen könnten die Schuldzinsen vielleicht noch massiv ansteigen. Weiter sei der grössere Abschreibungsbedarf im 2003 auch bei den Steuerausständen besorgniserregend. Seine Fraktion genehmige aber die Rechnung.

Philipp Senn (SP) äussert, er fange umgekehrt an. Die Rechnung entspreche dem Budget und deshalb sei das *déjà vu* – Erlebnis von Andreas Zbinden vorprogrammiert gewesen. Seine Fraktion habe sich gefragt, wie mit den Anträgen der Fiko umzugehen sei und sei sich nicht sicher über die ökonomische Richtigkeit, wenn die Aufträge an die GPK und nicht an den Stadtrat erteilt würden. Die SP-Fraktion werde deshalb die Anträge 2 und 3 abgeändert, zur Beauftragung des Stadtrates stellen.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erklärt dazu, die Anträge der Fiko seien in der GPK besprochen worden. Diese sei bereit, die Aufträge entgegen zu nehmen, wolle aber fachlich durch die Fiko unterstützt werden, weil diese schon eingearbeitet sei und die Abklärungen so effizienter durchgeführt werden könnten. Sie beantrage deshalb, die Anträge 2 und 3 folgendermassen zu modifizieren: "Die GPK wird beauftragt, mit Unterstützung der Fiko..."

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) votiert, auch ihre Fraktion genehmige die Rechnung, mache die bereits gehörten Feststellungen und sei ebenfalls nicht glücklich über die Situation. Sie verstehe aber die Haltung der GPK zu den Anträgen 2 und 3 und stelle im Sinne der Ökonomie den Antrag, dass die Fiko diese Themen weiter verfolge, da diese bereits eingearbeitet sei.

Franz Kaufmann (SP) erklärt, die Anträge 2 und 3 bedeuteten offenbar ein Problem. Die Ausführungen von Margrit Siegrist seien aber kein gangbarer Weg. Die Fiko vermute einen schlafenden Hund und gebe einen entsprechenden Auftrag an die GPK. Dass diese wiederum Hilfe von der Fiko anfordere, könne nicht sein. Die SP-Fraktion schlage deshalb vor, zuerst Berichte zu diesen Themen vom Stadtrat zu verlangen. Diese Aufarbeitung werde maximal ein Jahr dauern. Wenn der Rat danach wirklich zum Schluss gelange, dass etwas nicht in Ordnung sei, dann könne man die GPK einschalten. Es mache keinen Sinn, hier Kommissionsgelder auszugeben. Er bitte um die Zustimmung zu den SP-Anträgen.

Bernhard Fröhlich (FDP) führt aus, es bestünden ernste Fragezeichen zu einzelnen Themenbereichen. Diese seien dokumentiert und es sei nun nicht an der Fiko, rückwirkend Geschäfte zu untersuchen. Dies gehe formal nicht. Folglich sei der Ball klar bei der GPK. Der Stadtrat könne hier nicht die Antworten geben, er hätte dazu schon lange Zeit gehabt. Dies sei aber nicht geschehen, deshalb sei das richtige Instrument die GPK. Die Gewaltentrennung im Untersuchungsbereich sei wichtig. Die GPK

könne aber Experten einladen für ihre Beratungen und dies könnten auch Fiko-Mitglieder sein. Es sei wichtig gegenüber dem Kanton, eine saubere Argumentation von neutraler Stelle zu haben.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) antwortet, die GPK habe ausführlich über diesen Passus diskutiert. Sie könne sich Meinungen von fachlich versierten Personen einholen und halte deshalb an dem Antrag fest.

Stadtpräsident Marc Lüthi äussert, er könne die Argumente von Franz Kaufmann teilweise unterstützen. Einerseits gehe es bei der Bewertung der Sekundarschulhäuser um Fragen zu Unterlagen, die der Einwohnerrat schon früher erhalten habe und die einfach neu aufgearbeitet werden müssten. Ein zweites seien die Steuerausstände, nicht -ausfälle, hier stelle sich die Frage der Abgrenzung in Zusammenhang mit der Übernahme des Inkassos durch den Kanton. Die Behandlung dieser Frage durch die GPK sei sicher richtig, da es um eine andere Ebene gehe. Deshalb empfehle er beim Antrag 2 den Entscheid zugunsten eines stadträtlichen Berichts und beim Antrag 3 eine GPK-Untersuchung.

Hans Brodbeck (FDP) erklärt zum Votum von Margrit Siegrist, er sehe nicht ein, warum die GPK ihren Antrag nicht ändern wolle. Wenn ihr das Recht zustehe, externe Unterstützung beizuziehen, dann müsse dieses nicht noch in einem Antrag speziell formuliert werden.

Andreas Zbinden (FDP) äussert zur Frage der Sekundarschulgebäude, die Diskussion, ob alles richtig sei, laufe nicht erst seit gestern, sondern schon seit Jahren. Sie sei alljährlich wieder ein Thema in der Fiko und werde beim Stadtrat angefragt. Dieser habe bisher keine plausible Erklärung gegeben, weshalb der Antrag zur Klärung durch die GPK erfolge. Weiter könne man dem Stadtrat vielleicht auch den Rücken stärken bei den kommenden Verkaufsverhandlungen, wenn von neutraler Stelle bestätigt werde, dass alles richtig gelaufen sei. Es sei nicht die Frage nach Fehlern, sondern nach der Nachvollziehbarkeit.

Philipp Senn (SP) erklärt, bei den Steuerausständen frage er sich, ob diese nicht überbewertet würden. Der Chef von Visura habe darauf hingewiesen, dass vielleicht die Übergangszeit des Systemwechsels dafür verantwortlich sei. Deshalb könne man das Thema allenfalls auf nächstes Jahr verschieben.

Andreas Zbinden (FDP) antwortet, es seien im 2002 keine Vorausrechnungen an die juristischen Personen gestellt und diejenigen für die natürlichen Personen zu tief angesetzt worden. Dieses fehlende Geld müsse verzinst werden. Hier könne vielleicht der Kanton zur Kasse gebeten werden, wenn der Fehler auf dessen Seite liege. Dies sei eine Untersuchung durch die GPK wert.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erklärt, das Argument von Hans Brodbeck habe sie überzeugt. Die GPK ziehe ihre Anträge zurück.

Nach einer Auszeit von 10 Minuten, in der sich die Fraktionen neu absprechen können, zieht auch die Fraktion GL/Fraumättler ihre Anträge zurück. Somit erfolgt bei der Abstimmung der Anträge 2 und 3 eine Gegenüberstellung der Formulierungen der Fiko und der SP-Fraktion.

- ://:
1. Die Rechnung 2002 wird einstimmig genehmigt.
 2. Dem Antrag der Fiko wird gegenüber dem Antrag der SP-Fraktion mit 26 zu 9 Stimmen zugestimmt und somit die GPK beauftragt, den Sachverhalt um die Sekundarschulhäuser und Annuitäten zu klären und dem Einwohnerrat Bericht zu erstatten.
 3. Dem Antrag der Fiko wird gegenüber dem Antrag der SP-Fraktion mit 25 zu 10 Stimmen zugestimmt und somit die GPK beauftragt, die Ursachen der hohen Steuerausstände zu klären und dem Einwohnerrat Bericht zu erstatten.
 4. Der Stadtrat wird einstimmig beauftragt, die Betreuung und Revision der Stiftungen neu zu regeln und den Einwohnerrat in geeigneter Form zu informieren.

247 G.2.1.3. Administration: Planung und Organisation einzelner Gebiete

**5. Zwischenbericht des Stadtrates betreffend Reorganisation
Soziale Dienste (Nr. 02/79)**

Nach Beschluss des Einwohnerrates im Mai 2002, die Sozialen Dienste der Stadt Liestal einer Reorganisation zu unterziehen, wurde umgehend ein Reorganisationsprojekt gestartet. Die dazu gebildete Steuergruppe gliederte den Reorganisationsprozess in verschiedene Teilprojekte mit Schwerpunkten auf, wie sie sich aus der Beurteilung des Expertenberichtes ableiten lassen.

Im Bereich der Kernprozesse wurden neue Verfahren zur qualitativen Verbesserung der Fallarbeit und dem Aufbau eines Controlling eingeführt. Entsprechende Schulungen für die Mitarbeitenden wurden vorausgehend durchgeführt und werden nach Bedarf weiter erfolgen.

Führung und Organisation wurden den gestiegenen Ansprüchen angepasst, indem die Strukturen optimiert und Führungsinstrumente aufgebaut wurden.

Ebenfalls wurden die unterstützenden Dienste besser ausgestattet und die EDV-Anwendung wirkungsvoller gestaltet. Dadurch wurde die Zusammenarbeit zwischen Sozialberatung und Sachbearbeitung optimiert.

Im Zentrum aller Reorganisationsmassnahmen steht das Ziel, die Falldauer und Fallkosten zu reduzieren und die Integration von Sozialhilfeempfängern zu fördern.

Durch die eingeleiteten Massnahmen konnten die durchschnittlichen Fallkosten um 12 % gesenkt werden.

Mit einem Zwischenbericht soll der Einwohnerrat über die bis jetzt erfolgten Arbeiten der Reorganisation informiert werden.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat nimmt von den bisherigen Arbeiten und Massnahmen im Rahmen der Reorganisation der Sozialen Dienste zustimmend Kenntnis.

Stadträtin Regula Gysin führt aus, sie habe den Eindruck, dass das Projekt auf dem richtigen Weg sei. Nach einer langen Vorbereitungszeit habe seit 1. Februar 2003 die praktische Umsetzung begonnen. Die Massnahmen zeigten jetzt schon spürbare und sichtbare Resultate. Auch der Finanzplan zeige, dass die Reduktion des Aufwandes weiter gehe. Wenn die wirtschaftliche Situation sich nicht weiter verschlimmere, seien die Zahlen real. Noch nicht klar sei, was die Revision der ALV bringe, die auf 1. Juli 2003 in Kraft trete. Liestal sei mit den neuen Formen, welche die Reorganisation gebracht habe führend im Kanton. Es gebe bereits Anfragen von anderen Gemeinden und somit sei Liestal ein attraktiver Arbeitgeber. Die Reorganisation laufe weiter bis im Dezember 2003 und danach würden die Resultate ausgewertet.

Walter Gudenrath (SP) dankt dem Stadtrat für den Zwischenbericht. Dieser zeige, dass das Projekt auf gutem Weg sei. Die Reorganisation gehe auf eine Motion von Ruedi Riesen im Jahr 2002 zurück. Das nun aufgezeigte Sparpotential bringe ihn zu der Frage, warum der Stadtrat den Handlungsbedarf nicht selber erkannt habe. Die SP-Fraktion nehme den Zwischenbericht zur Kenntnis und unterstütze die Massnahmen, solange dadurch die sozialen und menschlichen Aspekte nicht vernachlässigt würden. Sie bedaure aber, wenn das Ziel nur das Erreichen des Kantonsdurchschnitts bei den Kosten sei und erwarte viel mehr auch eine Steigerung der

Betreuungsqualität. Die Lebensqualität zu steigern sei auch Sozialpolitik. Der Stadtrat solle so weiter fahren und in diesem Sinne die Sozialpolitik fortführen.

Susanne Brodbeck (FDP) erklärt, ihre Fraktion habe den Bericht mit Freude zur Kenntnis genommen und danke Stadträtin Regula Gysin, dass diese nach ihrem Amtsantritt das Projekt sofort angepackt habe. Freude bestehe auch über die eingeleiteten Schritte und die ersten Resultate. Die Wahl der Beratung sei ebenfalls gut und erweise sich als kompetent. Die Sozialen Dienste leisteten zur Zeit einen höheren Effort, seien nach Abschluss des Projekts aber auf dem neusten Stand und damit sicher auch motiviert. Dies bringe auch den Betreuten positive Auswirkungen. Effizienz sei sicher in deren Interesse und ein wichtiger Faktor im Sozialbereich.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) führt aus, ihre Fraktion nehme von diesem Bericht gerne Kenntnis. Sie staune über die guten Ergebnisse, die in kurzer Zeit erreicht worden seien. Mit diesen guten Ergebnissen könne das Ziel, bis Ende 2004 auf dem kantonalen Durchschnitt zu liegen, erreicht werden. Sie danke Stadträtin Regula Gysin und den Mitarbeitenden der Sozialen Dienste.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) drückt ebenfalls die Freude ihrer Fraktion aus. Sie danke vor allem für den geleisteten Effort, die angewendete Sorgfalt und die Bereitschaft zur Veränderung. Dies sei ein Beispiel dafür, dass es sich lohne, nicht die Opfersymmetrie zu wahren, sondern dass Investitionen am richtigen Ort erfolgreich sein könnten. Diese Erfahrung sei wichtig, auch für andere Themen.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig zustimmend von den bisherigen Arbeiten und Massnahmen im Rahmen der Reorganisation der Sozialen Dienste Kenntnis.

248 K.1.1.3. Kanalisation: Generelles Kanalisationsprojekt, GKP

6. Bericht des Stadtrates betreffend Genereller Entwässerungsplan (GEP) (Nr. 03/138)

Die SVP/CVP/EVP-Fraktion beantragt dem Einwohnerrat die Überweisung der Vorlage zur Vorberatung an die BPK.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) erklärt, es handle sich hier um ein umfangreiches Geschäft mit beträchtlichen Kosten. Eine Vorberatung in der BPK sei sinnvoll. Deshalb beantrage ihre Fraktion die Überweisung des Geschäfts an die BPK.

Walter Gudenrath (SP) äussert, der GEP sei ein technisches Wunderwerk und enthalte nicht nur viele Zahlen, sondern dahinter stehe auch eine tiefe Philosophie. Die BPK werde fachtechnisch vieles lernen können. In der Vorlage seien aber auch politische Entscheide enthalten, wie z.B. die Höhe der Anschlussgebühren. Er hoffe, dass die BPK auch diese Fragen andiskutiere.

Adrian Mächler (FDP) führt aus, seine Fraktion stimme der Überweisung zu. Es gebe Klärungsbedarf bei einigen Fragen. Seine Fraktion sei erstaunt über die grosse geleistete Arbeit.

Ernst Gebhard (GL/Fraumättler) äussert, seine Fraktion stimme der Überweisung ebenfalls zu. Das Geschäft verdiene, von der BPK vertieft betrachtet zu werden. Die Planung sei eine gute Sache.

://: Die Vorlage wird einstimmig zur Vorberatung an die BPK überwiesen.

249 H.1.3. Gewerbe und Detailhandel

**7. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Debora Keller
betreffend Stedtli-Einkaufswagen (Nr. 01/24)**

Das Postulat betreffend Stedtli-Einkaufswagen wurde vom Einwohnerrat am 21. Februar 2001 an den Stadtrat überwiesen. Der Stadtrat wird gebeten, mit interessierten Beteiligten ein Konzept für einheitliche Stedtli-Einkaufswagen auszuarbeiten. Gespräche des Stadtrates und der stadträtlichen Wirtschaftskommission haben ergeben, dass in möglichen interessierten Kreisen aus verschiedenen Gründen kein Interesse an solchen Einkaufswagen besteht. Das Postulat soll deshalb abgeschrieben werden.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Aufgrund der stadträtlichen Abklärungen mit der Wirtschaftskommission und dem Desinteresse der in Erwägung gezogenen interessierten Kreise soll auf die Einführung von einheitlichen Stedtli-Einkaufswagen verzichtet und somit das Postulat 01/24 abgeschrieben werden.

Debora Keller (GL/Fraumättler) erklärt, sie sei persönlich betroffen darüber, dass der Stadtrat den Vorstoss den zuständigen Gruppierungen nicht habe beliebt machen können. Es sei zwar ein kleiner Tropfen, aber in einer Sache, die in Liestal weiter entwickelt werden sollte. Sie habe kürzlich mit Gewerbetreibenden über das Thema Parkplätze diskutiert. Es sei im Stedtli nicht möglich, auf zwei Geleisen zu fahren. Man könne nicht einerseits den Autoverkehr fördern und andererseits die Leute auf die Fachgeschäfte "gluschtig" machen. Die Erfahrung zeige auch, dass immer mehr mobilitätsbewusste Menschen den Fachhandel berücksichtigen würden. Deshalb brauche es grosse Parkhäuser am Rand und das Erhalten der guten Qualität, damit die Kundschaft sich wohl fühle. Es gelte, für die Zukunft Visionen zu entwickeln, die Liestal herausheben und stärken könnten und nicht immer beim Bestehenden zu bleiben. Die Abschreibung ihres Vorstosses sei für sie aber in Ordnung.

Jürgen Hänggi (GL/Fraumättler) bedauert, dass das Postulat nichts erreichen konnte. Als Dank für ihren geleisteten Einsatz überreicht er Debora Keller namens seiner Fraktion aber einen kleinen, beladenen Einkaufswagen.

://: Aufgrund der stadträtlichen Abklärungen mit der Wirtschaftskommission und dem Desinteresse der in Erwägung gezogenen interessierten Kreise soll auf die Einführung von einheitlichen Stedtli-Einkaufswagen verzichtet und somit das Postulat 01/24 abgeschrieben werden (Zustimmung mit grossem Mehr).

250 S.2.4. Strassen, Wege, Trottoirs

10. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Ernst Gebhard und Ernst Burkhardt zur Beruhigung des Verkehrs und zur Erhöhung der Sicherheit der Kinder, Fussgänger und Velofahrer in der Wiedenhubstrasse (Nr. 01/23) - Baukredit

Im Einwohnerrat wurde am 12.01.2001 mittels Postulat die Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Wiedenhubstrasse verlangt. Mit der Budgetdebatte 2002 des Einwohnerrates wurde das Stadtbauamt beauftragt, ein Projekt auszuarbeiten und dem Einwohnerrat zu unterbreiten.

Die geplanten Massnahmen wurden im Herbst 2002 während einem dreiwöchigen Fahrversuch getestet und danach unter der Mitwirkung der AnwohnerInnen geringfügig ergänzt. Alle AnwohnerInnen, die sich an der Mitwirkung beteiligt haben, stellen sich positiv zu den geplanten Massnahmen. Wenige negative Stimmen kamen einzig von den StrassenbenutzerInnen aus dem Sichert- und Munzachquartier. Diese möchten möglichst unbehindert auf der Wiedenhubstrasse fahren können.

Mit den geplanten Massnahmen soll das Befahren des Trottoirs zum Kreuzen der entgegenkommenden Fahrzeuge verhindert werden. Zusätzlich wird mit vier örtlichen Fahrbahnverengungen der zügige Verkehrsfluss eingeschränkt und somit die Gefahr durch zu schnelles Fahren reduziert.

Auf der Talspur müssen sich die RadfahrerInnen in den Verkehrsfluss einordnen. Auf der Bergspur wird für die RadfahrerInnen im Bereich der Engnisse örtlich ein separater Radweg markiert.

Die Kosten für die gesamte Verkehrsberuhigung betragen CHF 45'000.--.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat genehmigt das Projekt für die Verkehrsberuhigung der Wiedenhubstrasse und bewilligt den erforderlichen Baukredit von CHF 45'000.-- zu Lasten der Investitionsrechnung.
2. Das Postulat Nr. 01/23 wird abgeschrieben.

Adrian Mächler (FDP) beantragt im Namen seiner Fraktion die Rückweisung der Vorlage Nr. 01/23. Das Projekt mit den vorgesehenen 12 Pfosten und der Verengung sei unmöglich. Die Kosten dafür dürften maximal CHF 10'000.- betragen. Zudem solle man nicht bis August warten, sondern das Projekt jetzt realisieren, jedoch zu vernünftigen Kosten.

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, der Stadtrat habe den Antrag nicht hauptsächlich wegen der CHF 45'000.- gestellt. Diese seien im Budget als gebundene Ausgabe eingestellt, von der BPK aber abgelehnt worden. Deshalb sei eine spezielle Vorlage nötig gewesen. Der Betrag sei zugegebenermassen etwas hoch. Wenn der Rat das Vertrauen habe, dass der Stadtrat selbständig die Kosten so tief wie möglich halten werde, dann sei das Projekt aber heute ohne Rückweisung beschliessbar.

Ernst Gebhard (GL/Fraumättler) stellt sich gegen die Rückweisung. An der Wiedenhubstrasse werde jetzt gebaut und das Projekt müsse deshalb jetzt realisiert werden. Es sei vorab ein Versuch gemacht und von der Bevölkerung positiv beurteilt worden. Andere, teure Geschäfte seien ebenfalls schon vom Rat verabschiedet worden. Man dürfe die Wiedenhubstrasse nach den Bauarbeiten nicht nochmals freigeben, son

dem müsse die verkehrsberuhigenden Massnahmen jetzt, da die Strasse gesperrt sei, realisieren.

Bernhard Fröhlich (FDP) erklärt, es gehe hier um eine sachliche Frage, in der sich alle einig seien. Stadtrat Heiner Karrer habe den Fehler in der Planung eingestanden. Er plädiere dafür, hier effizient zu entscheiden und dies sei, nach dem von Heiner Karrer signalisierten Einverständnis, machbar. Der Betrag von CHF 10'000.- sei für das Vorhaben mehr als genügend. Wenn sich alle über die Notwendigkeit der Realisierung und die Machbarkeit zu diesem Betrag einig seien, dann könne das Geschäft so beschlossen werden.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) votiert, der Vorstoss sei vor über zwei Jahren an den Stadtrat überwiesen worden. Er habe damals gesagt, dass seine Fraktion nicht gegen eine Verkehrsberuhigung, jedoch gegen den Einbau von Schikanen sei. Diese Meinung bestehe in der Fraktion noch heute.

Hans Brodbeck (FDP) unterstützt die Argumentation von Bernhard Fröhlich. Das Projekt sei so brauchbar, auch wenn gewisse Bedenken wegen der Verengungen bestünden. Zur Zeit würden aber Tiefbauarbeiten für über CHF 900'000.- durchgeführt und die Strasse danach neu geteert. Deshalb sei der für die Verkehrsberuhigung budgetierte Betrag zu hoch und das Vorhaben mit weit weniger Mitteln machbar. Es gehe lediglich noch um den Einbau von elf Signalpfosten und vier Verkehrsschildern. Dies sei billig und rasch zu realisieren.

Stadtrat Heiner Karrer erklärt, wenn es nur um die Frage des Geldbetrags gehe, dann sei er einverstanden und werde schauen, wie die Massnahmen zu diesem Betrag zu realisieren seien. Dies sei eine Frage der Abgrenzung zwischen den Kassen.

- ://: 1. Der Einwohnerrat genehmigt mit 28 zu 3 Stimmen, bei 4 Enthaltungen das Projekt für die Verkehrsberuhigung der Wiedenhubstrasse und bewilligt den erforderlichen Baukredit von CHF 10'000.-- zu Lasten der Investitionsrechnung.
2. Das Postulat Nr. 01/23 wird grossmehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen abgeschrieben.

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Debora Keller

Der Ratsschreiber

Martin Schneider